

**Antwort  
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN  
— Drucksache 11/5258 —**

**Position der Bundesregierung zum Raubbau am Tropenwald  
für die Gußeisen- und Stahlproduktion in Brasilien (Carajás-Projekt)**

*Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 25. Oktober 1989 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:*

1. In welcher Höhe ist die Bundesregierung direkt und indirekt an der Finanzierung des Eisenerz-Projektes Carajás in Brasilien beteiligt (Finanzierungsbeiträge getrennt nach Kreditanstalt für Wiederaufbau, EG, Weltbank, andere Geber)?

Die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Weltbank gewährten Darlehen in Höhe von 300 Mio. DM bzw. 304,5 Mio. Dollar wurden in Höhe von 200 Mio. DM bzw. 230,9 Mio. Dollar in Anspruch genommen. Nach vorliegenden Informationen wurde auch der EGKS-Kreditrahmen in Höhe von 600 Mio. ECU nicht voll ausgeschöpft.

2. Akzeptiert die Bundesregierung die Position vieler Beobachter, daß die Verwirklichung des Carajás-Projekts ohne umfassende Umweltschutz-Auflagen für den Raubbau am Tropenwald zur Gewinnung von Holzkohle für die Hüttenwerke entlang der Eisenbahnverbindung mit dem Hafen São Luís verantwortlich zu machen ist?

Die Roheisenproduktion in Ostamazonien ist nicht Bestandteil des Eisenerzprojektes Carajás, sondern des Entwicklungsprogramms für Groß-Carajás (Programa Grande Carajás). Die Verantwortung

für dieses Programm, damit auch für die Erteilung der Genehmigungen für den Betrieb von Industriebetrieben in der Region, trägt ein interministerieller Ausschuß der brasilianischen Regierung.

3. Trifft es zu, daß die Inbetriebnahme von zusätzlich 14 Hüttenwerken über die heute schon produzierenden vier hinaus einen Verbrauch von 1,4 Millionen Tonnen Holzkohle jährlich bedeutet (vgl. „stern“, 24. August 1989)?

Die Bundesregierung hat keine Informationen über die geplante Produktionskapazität der genannten Hüttenwerke. Genaue Angaben über den künftigen Holzkohlebedarf sind daher nicht möglich.

4. Trifft es zu, daß das bisherige Angebot an Holzkohle durch Verarbeitung des Tropenwalds gewonnen wird und noch kein einziger Baum für die zukünftige Versorgung angepflanzt wurde (vgl. „stern“, 24. August 1989)?

Der derzeitige Bedarf an Holzkohle für die Roheisenproduktion ist noch gering. Er wird überwiegend aus Sägewerksabfällen und aus Holz gewonnen, das bei der Rodung für landwirtschaftliche und sonstige Zwecke anfällt. Die Bundesregierung ist jedoch besorgt über die künftige Entwicklung, falls die brasilianische Regierung ihre Pläne zur Erweiterung der Roheisenproduktion verwirklicht. Nach hier vorliegenden Informationen hat bisher erst ein Unternehmen im vergangenen Jahr mit der Anlage von Baumplantagen begonnen. Fachleute sind sich zudem nicht einig, ob die Anlage von großen Plantagen unter den natürlichen Standortbedingungen Ostamazoniens überhaupt aussichtsreich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Wirtschaftlich und ökologisch vertretbare Alternativen zur Holzkohle als Energie- und Reduktionsmittel sind bisher von der brasilianischen Regierung nicht ausreichend untersucht worden.

Die Bundesregierung hat sich bereits 1988 für eine Untersuchung der alternativen Energiequellen für die Eisen- und Stahlproduktion in der Carajás-Region durch die Weltbank eingesetzt und hierfür Finanzierung zugesagt. Die Weltbank wird voraussichtlich noch in diesem Jahr mit der Studie beginnen. Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung bemüht, die brasilianische Regierung dazu zu bewegen, die Pläne zum Ausbau der Eisen- und Stahlindustrie in Ostamazonien so lange zurückzustellen, bis die Ergebnisse der Studie vorliegen. Sie wird ihre Bemühungen fortsetzen.

5. Trifft es zu, daß die Bundesregierung jede Mitverantwortung für diesen gewaltigen Raubbau am Regenwald leugnet, obwohl ein interner Vermerk des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) diese Haltung als „entwicklungsrechtlich nicht haltbar“ bezeichnet und ferner ausführt: Man habe eine „Entwicklung in Gang gesetzt, deren ökologische und soziale Folgen schließlich nicht mehr kontrollierbar waren. Bonn trage „eine gewisse Mitverantwortung für die Situation in Ostamazonien“ (vgl. „stern“, 24. August 1989)?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu der Frage 2 dieser Anfrage und zu der Frage 6 der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 11/3946 – verwiesen.

6. Kann die Bundesregierung folgenden Bericht aus der bundesdeutschen Botschaft in Brasilien über die Situation bei der Gußeisen- und Stahlproduktion auf Holzkohlebasis entlang der Bahnlinie Carajás–São Luís bestätigen:
  - Der Beitrag der Holzkohle aus Sägewerksabfällen ist sehr gering.
  - Das Voranschreiten der Agrarfront ist keine von der Hüttenindustrie unabhängige Größe, deren zwangsläufiges Abfallprodukt – gerodetes Holz – die Eisenschmelzen nur nutzen müssten. Klein- und Großgrundbesitzer röden Naturwald gezielt zur Holzkohleproduktion.
  - Eine Aufforstung ist bisher von keiner Hütte in Pará oder Maranhão in Angriff genommen worden. Die Hüttenindustrie spekuliert aus zwingenden Rentabilitätserwägungen darauf, die gesetzlichen und im Verordnungsweg erlassenen Aufforstungsvorschriften umschiffen zu können. Ultima ratio wäre nach sieben bis acht Jahren die Schließung der Hütte, weil sie dann bereits völlig abgeschrieben sein würde?
7. Kann die Bundesregierung folgende Zahlenangaben aus der bundesdeutschen Botschaft in Brasilien bestätigen, die deutlich machen, daß die Verhüttung nur deshalb betriebswirtschaftlich rentabel ist, weil die Holzkohle nicht aus teuren Aufforstungsbeständen, sondern aus dem Naturwald zum Nulltarif gewonnen wird:
  - Der fob-Preis für eine Tonne Roheisen (Hafen São Luís) wurde Anfang Mai 1989 mit 80 bis 100 Dollar angegeben. (Das Roheisen, das entlang der Eisenbahn produziert wird, wird überwiegend den Export hergestellt.)
  - Die Tonne Holzkohle aus Aufforstungsbeständen kostet rund 80 Dollar. Da für eine Tonne Roheisen etwa 0,7 Tonnen Holzkohle benötigt werden, kann Gußeisen für den Export auf Holzkohlebasis nicht rentabel erzeugt werden.
  - Die Eisenerzschmelze der COSIPAR in Marabá kauft die Holzkohle frei Hüte mit 45 Cruzados Novos auf (Mai 1989), d. h. für 43,60 Dollar zum offiziellen und 16,91 Dollar zum inoffiziellen Kurs?

Die Bundesregierung nimmt zu internen Botschaftsberichten nicht öffentlich Stellung.

8. Kann die Bundesregierung die Einschätzung aus der bundesdeutschen Botschaft in Brasilien bestätigen, daß die vorgeschriebenen Kontrollen über die Anlage von Plantagenwäldern durch industrielle Holzkohleverbraucher deshalb nicht greifen, weil es ein ausgeklügeltes System der Bestechung auf verschiedenen Verwaltungsebenen in Brasilien gibt?

Die Bundesregierung gibt zur Funktionsweise der Verwaltung ausländischer Staaten keine Bewertungen ab.

9. In welcher Weise wird die Bundesregierung aktiv werden, um die von ihr mitfinanzierte Zerstörung des tropischen Regenwaldes in Ostamazonien für die Gußeisen- und Stahlproduktion zusammen mit der brasilianischen Regierung sofort zu stoppen?

Zur angeblichen Mitfinanzierung der Bundesregierung wird auf die Antworten zu den Fragen 2 und 5 sowie zu den Maßnahmen der Bundesregierung auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

10. Wie hat die Bundesregierung auf die Forderung brasilianischer Umweltverbände reagiert, die zugesagten 100 Millionen DM erst an die neue Regierung zu zahlen?

Bisher hat sich keine brasilianische Umweltorganisation mit derartigen Forderungen an die Bundesregierung gewandt. Die Bundesregierung hat der brasilianischen Regierung 100 Millionen DM zugesagt bzw. in Aussicht gestellt zur Mitfinanzierung von drei Vorhaben zum Schutz der Tropenwälder. Die Vorhaben werden zur Zeit geprüft. Es ist nicht damit zu rechnen, daß diese Prüfungen noch zur Amtszeit der jetzigen Regierung abgeschlossen werden.

11. Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor über die Verträge bundesdeutscher Firmen bezüglich des Eisenerzes aus dem Carajás-Projekt (mit 5 Millionen Tonnen pro Jahr knapp 15 Prozent des gesamten bundesdeutschen Bedarfs), die angeblich zu deutlich unter den Weltmarktpreisen liegenden Bedingungen abgeschlossen wurden?

Nach Informationen der Bundesregierung beziehen deutsche Unternehmen Eisenerz aus dem Carajás-Programm zu Bedingungen auf der Basis von Weltmarktpreisen.